

Eingegangen im Sekretariat
der Geschäftsstelle des
Stadtrates
13.10.2020



5884

The

Änderung des Einreichers zum Beschlussantrag Nr. BA-110/2020

an den Stadtrat zur Sitzung am 14.10.2020

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Gegenstand:

Sicherer Hafen Chemnitz

Änderung (Ergänzung/Streichung/Ersatz durch Alternative)

1. Die Stadt Chemnitz schließt sich dem Bündnis „SEEBRÜCKE“ an und erklärt sich somit zum „**Sicheren** Hafen“.
2. Die Stadt Chemnitz verurteilt jede Kriminalisierung der Seenotrettung, erklärt sich mit den Menschen auf Flucht solidarisch und gewährleistet eine menschenwürdige Versorgung aller in Chemnitz lebenden Menschen.
3. Unabhängig von verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die im Chemnitzer Stadtrat vertreten sind, bekennt sich der Chemnitzer Stadtrat klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. **Der:Die Oberbürgermeister:in wird gebeten, den offenen Brief der Städte und Kommunen an die Bundeskanzlerin (<https://seebruecke.org/news/offener-brief-kommunen-moria/>) zu unterzeichnen:**

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
mit großem Bestürzen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch beinahe vollständig abgebrannt ist. Die 13.000 Menschen, die dort leben mussten, haben nun auch noch ihr letztes Dach über dem Kopf verloren. Hinzu kommt, dass, wie von vielen befürchtet, inzwischen auch mit dem SARS-CoV-2-Virus infizierte Menschen darunter sind.
Als Oberbürgermeister*innen, die wir seit zwei Jahren unsere Aufnahmebereitschaft erklären, sind wir entsetzt darüber, dass es der Europäischen Union trotz vielfacher Warnungen nicht gelungen ist, diese Eskalation in Moria zu verhindern und die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern an den europäischen Außengrenzen fortbestehen.
Wir möchten einen humanitären Beitrag zu einer menschenwürdigen Unterbringung der Schutzsuchenden in Europa leisten. Darum bekräftigen wir hiermit erneut unsere Aufnahmebereitschaft. Wir sind bereit, Menschen aus Moria aufzunehmen, um die humanitäre Katastrophe zu entschärfen.
Es muss endlich gehandelt werden. Wir bitten Sie als Bundesregierung darum, hier voranzugehen und nicht weiter auf eine gesamteuropäische Lösung zu warten. Europaweit sind Kommunen bereit, die Menschen aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen aufzunehmen. Dies muss ermöglicht werden.
Lassen Sie uns den Menschen aus Moria die Würde zurückgeben, die ihnen anderswo genommen wurde.

Wir bitten Sie hiermit erneut, dass die Bundesrepublik ihre Aufnahmebereitschaft erklärt, damit wir helfen können.“

i. A. Anja Schale i. A. Susann Mäder

Unterschrift